

## Skript Umsatzsteuerrecht

Bearbeitet von  
Prof. Dr. Wolfram Reiß

15. Auflage 2017. Buch. 352 S. Kartoniert  
ISBN 978 3 86752 535 0  
Format (B x L): 19,5 x 24,9 cm  
Gewicht: 931 g

[Steuern > Umsatzsteuer](#)

Zu [Leseprobe](#) und [Sachverzeichnis](#)

schnell und portofrei erhältlich bei

**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](http://beck-shop.de) ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

# Umsatzsteuerrecht

**2017**

Prof. Dr. jur. Wolfram Reiß  
Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg

**ALPMANN UND SCHMIDT Juristische Lehrgänge Verlagsges. mbH & Co. KG**  
48143 Münster, Alter Fischmarkt 8, 48001 Postfach 1169, Telefon (0251) 98109-0  
AS-Online: [www.alpmann-schmidt.de](http://www.alpmann-schmidt.de)

*Zitiervorschlag: Reiß, Umsatzsteuerrecht, Rn.*

**Prof. Dr. Reiß, Wolfram**

Umsatzsteuerrecht

15., überarbeitete Auflage 2017

ISBN: 978-3-86752-535-0

Herausgeber der Steuerrechtsskripten:

Prof. Dr. Heinrich Weber-Grellet

Verlag Alpmann und Schmidt Juristische Lehrgänge

Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG, Münster

Die Vervielfältigung, insbesondere das Fotokopieren der Skripten,  
ist nicht gestattet (§§ 53, 54 UrhG) und strafbar (§ 106 UrhG).  
Im Fall der Zuwiderhandlung wird Strafantrag gestellt.

Unterstützen Sie uns bei der Weiterentwicklung unserer Produkte.

Wir freuen uns über Anregungen, Wünsche, Lob oder Kritik an:

**[feedback@alpmann-schmidt.de](mailto:feedback@alpmann-schmidt.de)**.



**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

## INHALTSVERZEICHNIS

<b>1. Abschnitt: Allgemeiner Überblick</b> .....	1
A. Das Prinzip der Mehrwertsteuer .....	1
Fall 1: Großhändler, Einzelhändler und Verbraucher .....	1
B. Besteuerung der Einkommensverwendung für den Verbrauch .....	5
Fall 2: Familienvater/Erwerb von Gütern durch Einkommensverwendung .....	5
C. Die Systematik des Umsatzsteuergesetzes (zugleich Klausuraufbauschema) .....	7
I. Rechtsgrundlagen (Gesetz und EG-Richtlinien) .....	7
1. Umsatzsteuergesetz und MwStSystRL .....	7
2. Richtlinienkonforme Auslegung und Anwendungsvorrang .....	9
Fall 3: Anwendungsvorrang für Durchschnittssatzbesteuerung des land- und forstwirtschaftlichen Betriebes einer eingetragenen Genossenschaft .....	9
II. Prüfungsschema .....	13
■ Prüfungsschema: Ausgangsseite (eigener Umsatz) .....	14
■ Prüfungsschema: Eingangsseite (Vorsteuerabzug) .....	15
Fall 4: Der Hausbau des Rechtsanwaltes/Umsätze und Vorsteuern .....	16
<b>2. Abschnitt: Steuergegenstand</b> .....	19
A. Steuerbare Umsätze .....	19
I. Arten der Umsätze .....	19
II. Umsätze im Inland .....	20
1. Inland .....	20
2. Ausland – räumliche Abgrenzung der Steuergewalt .....	21
3. Drittlandsgebiet und Gemeinschaftsgebiet .....	22
4. Geltungsbereich des UStG .....	24
B. Leistungsaustausch (§ 1 Abs. 1 Nr. 1 UStG) .....	24
I. Allgemeines .....	24
1. Begriff der Leistung .....	25
a) Leistung als Erfüllungshandlung .....	25
b) Sitten- und verbotswidrige Leistungen .....	27
2. Begriff des Entgeltes (der Gegenleistung) .....	28
a) Rechtsverhältnis, Kausalität und Finalität .....	28
Fall 5: Das Geschenk mit Folgen – finale Gegenleistung? .....	28
b) Tauschumsätze .....	31
■ Übersicht: Der Leistungsaustausch .....	34
II. Die Lieferung als Unterfall der Leistung .....	35
1. Verschaffung der Verfügungsmacht .....	35
2. Sonderfälle der Lieferung .....	37
a) Die Kommission .....	37
Fall 6: Die verbrannten Rauchwaren/Untergang der Kommissionsware .....	37
b) Sicherungsübereignung und Treuhandverhältnisse .....	39
Fall 7: Die vorsichtige Bank .....	39
Fall 8: Der clevere Insolvenzverwalter .....	41
Fall 9: Strohmengeschäfte mit Reimport Pkw .....	45
c) Echte und unechte Agentur .....	46
d) Zwangsversteigerung und Insolvenz .....	48
Fall 10: Erwerb bei der Zwangsversteigerung und in der Insolvenz .....	48
Fall 11: Die Option zugunsten der Bank .....	50
e) Rücklieferung und Rückgängigmachung einer Lieferung/ Tausch und Umtausch .....	50

f) Reihengeschäft .....	53
■ Übersicht: Die Lieferung (§ 3 Abs. 1 UStG) .....	54
3. Ort der Lieferung .....	55
III. Sonstige Leistung .....	65
1. Abgrenzung zur Lieferung .....	65
2. Ort der sonstigen Leistung .....	68
a) Bedeutung für die Steuerbarkeit/Steuerpflicht .....	68
Fall 12: Das Autoleasing/Leistungsort .....	68
b) Die Regelung der §§ 3a, 3b UStG .....	71
■ Übersicht/Prüfungsschema: Ort der sonstigen Leistung ab 01.01.2015 .....	86
IV. Leistungen mit Elementen der Lieferung und der sonstigen Leistung .....	88
1. Werklieferung, Werkleistung .....	88
Fall 13: Die Beistellung von Baustahl .....	89
2. Gehaltslieferung, Umtauschmüllerei .....	90
3. Grundsatz der Einheitlichkeit der Leistung .....	90
V. Fehlender Leistungsaustausch .....	92
1. Schadensersatz .....	93
a) Schadensersatz aus Gesetz, insbesondere aus unerlaubter Handlung .....	93
Fall 14: Schadensersatz wegen eines Verkehrsunfalls .....	93
b) Schadensersatz statt Leistung (§§ 281–283, 325, 326 BGB) .....	94
c) Verzugsschaden, Verzugszinsen (§§ 280 Abs. 1, 2, 286 BGB) .....	94
d) Ansprüche wegen Pflichtverletzung (§ 280 BGB) .....	95
e) Versendungskauf und Transportversicherung .....	95
2. Vertragsstrafen (§§ 340, 341 BGB) .....	95
3. Zuschüsse .....	96
4. Mitgliederbeiträge .....	98
5. Vorbereitungshandlungen und vorzeitig beendete Leistungen .....	100
Fall 15: Der gekündigte Schiffsbauvertrag/Vorbereitungs- handlungen .....	100
6. Verzicht auf Vertragserfüllung/Entlassung aus einem Vertrag .....	101
Fall 16: Entschädigung für Aufhebung eines lukrativen Beratervertrages/Verzicht auf Leistungserbringung? .....	101
7. Erbschaft, Erbauseinandersetzung, vorweggenommene Erbfolge .....	104
8. Geschäftsveräußerung .....	106
■ Übersicht: Fehlender Leistungsaustausch.....	110
C. Unentgeltliche Wertabgaben .....	111
I. Zweck: Besteuerung des Endverbrauchs .....	111
1. Besteuerung unentgeltlicher Zuwendungen/Wertabgaben aus dem Unternehmen .....	111
2. Belastung des privaten Konsums und Vorsteuerabzug .....	112
Fall 17: Die Incentive-Reise und der Betriebsausflug .....	112
3. Verbrauchsteuercharakter .....	118
II. Gegenstandsentnahme für außerunternehmerische Zwecke .....	118
Fall 18: Bau eines Hauses für die Tochter/Entnahme eines fertigen Werkes .....	118
III. Gegenstandsverwendung und Leistungsentnahme .....	121
IV. Unentgeltliche Wertabgaben an Arbeitnehmer .....	126
Fall 19: Pkw-Überlassung an den Geschäftsführer .....	126
V. Unentgeltliche Zuwendung aus unternehmerischem Anlass .....	131
D. Einfuhr und grenzüberschreitender Warenverkehr mit Drittländern .....	134
I. Bestimmungsland- und Ursprungslandprinzip .....	134

II. Einfuhr (§ 1 Abs. 1 Nr. 4 UStG) in das Inland .....	136
1. Zweck .....	136
2. Einfuhr durch Endverbraucher/Nichtunternehmer .....	138
3. Einfuhr durch Unternehmer .....	138
4. Befreiung/Bemessungsgrundlage/Steuersatz .....	138
III. Befreiung der Ausfuhrlieferung (§ 4 Nr. 1a i.V.m. § 6 UStG) .....	139
1. Grundsätzliche Regelung und Zweck .....	139
2. Technische Einzelheiten zur Ausfuhrbefreiung .....	141
3. Nachweise .....	143
IV. Lohnveredelung an Gegenständen der Ausfuhr (§ 7 UStG) .....	145
V. Grenzüberschreitende Güterbeförderungen und ergänzende Leistungen im internationalen Warenverkehr .....	146
E. Umsatzsteuer-Binnenmarkt: Innergemeinschaftlicher Erwerb und innergemeinschaftlich befreite Lieferung .....	147
I. Grundlagen und Überblick .....	147
II. Erwerbsbesteuerung im Inland (§ 1 Abs. 1 Nr. 5 UStG) .....	150
1. Allgemeine Voraussetzungen .....	150
2. Institutionelle Erwerber und Erwerbsschwellen .....	150
3. Sonderregelung für den Erwerb neuer Fahrzeuge .....	151
4. Werklieferungen und Werkleistungen .....	152
5. Innergemeinschaftliches Verbringen innerhalb des Unternehmens .....	152
6. Ort des Erwerbs und Erwerb im Reihengeschäft .....	154
7. Steuerbefreiung des Erwerbs .....	157
8. Bemessungsgrundlage und Steuersatz .....	158
III. Steuerfreie innergemeinschaftliche Lieferung .....	158
1. Allgemeine Voraussetzungen .....	158
2. Nachweispflichten, Bedeutung der USt-IdNr. und Gutgläubens- schutz .....	160
3. Lieferung neuer Fahrzeuge .....	167
IV. Verlagerung des Lieferortes ins Bestimmungsland (§ 3c UStG) .....	168
V. Sonstige Leistungen im Binnenmarkt .....	169
1. Allgemeines .....	169
2. Die innergemeinschaftliche Güterbeförderung und Neben- leistungen .....	170
3. Vermittlungsleistungen und Werkleistungen .....	171
4. Erklärungs- und Meldepflichten bei sonstigen Leistungen .....	171
VI. Übersicht: Befreite innergemeinschaftliche Lieferung (§ 4 Nr. 1b i.V.m. § 6a, § 2a, § 1b, § 3c UStG) .....	172
VII. Beurteilung .....	173
<b>3. Abschnitt: Der Unternehmer als Steuersubjekt .....</b>	<b>174</b>
A. Die gewerbliche oder berufliche Tätigkeit/Unternehmerfähigkeit .....	174
Fall 20: Die Arbeitsgemeinschaft zweier Bauunternehmer .....	174
B. Die Unternehmenseinheit .....	184
C. Selbstständigkeit und Organschaft .....	184
I. Selbstständigkeit natürlicher Personen .....	184
II. Unselbstständigkeit juristischer Personen/Organschaft .....	185
Fall 21: Eine böse Überraschung .....	192
D. Beginn und Ende der Unternehmereigenschaft .....	193
Fall 22: Der erfolglose Unternehmer .....	193
Fall 23: Die gelöschte GmbH .....	195
<b>4. Abschnitt: Steuerbefreiungen und Option .....</b>	<b>195</b>
A. Zweck und Wirkungen der Steuerbefreiungen .....	195
Fall 24: Der blinde Zwischenhändler mit befreiten Umsätzen .....	198

B. Die Option .....	199
Fall 25: Der einträgliche Verzicht auf die Steuerbefreiung .....	199
C. Übersicht über die Steuerbefreiungen .....	205
D. Einzelne Steuerbefreiungen .....	206
I. Ausfuhrlieferung, innergemeinschaftliche Lieferung und grenzüberschreitende Güterbeförderung .....	206
II. Umsatzsteuerlager und Befreiung von einer der Einfuhr vorausgehenden Lieferung .....	206
III. Vermittlungsleistungen .....	207
IV. Befreiung der Kreditgewährung, der Umsätze von Geldforderungen und von Wertpapieren .....	208
Fall 26: Factoringgeschäft und Forderungskauf .....	210
V. Befreiung der Umsätze von Anteilen an Gesellschaften .....	215
Fall 27: Die Aufnahme des Sohnes in das väterliche Unternehmen/ Erwerb von Gesellschaftsrechten .....	215
■ Übersicht: Gesellschaft oder Gesellschafter .....	220
VI. Grunderwerbsteuerbare Vorgänge .....	221
VII. Vermietung und Verpachtung von Grundstücken .....	223
Fall 28: Private Wohnungsnutzung à la EuGH .....	224
VIII. Leistungen der Wohnungseigentümergeinschaften .....	229
IX. Befreiung der Heil- und Krankenhausbehandlung und von Betreuungs- und Pflegeleistungen für hilfsbedürftige Personen, § 4 Nr. 14 und 16 UStG .....	229
X. Die Befreiungsvorschrift des § 4 Nr. 28 UStG .....	234
XI. Befreiungen nach dem Nato-Truppenstatut .....	235
<b>5. Abschnitt: Steuersatz und Bemessungsgrundlage .....</b>	<b>236</b>
A. Steuersatz .....	236
B. Bemessungsgrundlage beim Leistungsaustausch .....	240
I. Allgemeines .....	240
II. Durchlaufende Posten .....	243
III. Tauschvorgänge/verdeckter Preisnachlass .....	243
Fall 29: Die Inzahlungnahme beim Neukauf .....	244
IV. Devisenentgelte .....	245
V. Differenzbesteuerung (§ 25a UStG) .....	246
VI. Reiseveranstalter (§ 25 UStG) .....	250
C. Bemessungsgrundlage nach § 10 Abs. 4 UStG .....	251
D. Mindestbemessungsgrundlage .....	253
E. Änderungen der Bemessungsgrundlage .....	255
<b>6. Abschnitt: Vorsteuerabzug und Berichtigung des         Vorsteuerabzugs .....</b>	<b>259</b>
A. Sachliche Voraussetzungen für den Vorsteuerabzug .....	259
I. Die Voraussetzungen des § 15 Abs. 1 UStG allgemein .....	259
II. Unternehmer als Vorsteuerabzugsberechtigter .....	261
Fall 30: Eine verfehlte Gestaltung/Erwerb durch Gesellschafter .....	261
III. Lieferung, sonstige Leistung, Einfuhr oder Erwerb für das Unternehmen .....	266
1. Ausgeführte Lieferung/sonstige Leistung an den Unternehmer .....	266
2. Lieferung/Einfuhr/innergemeinschaftlicher Erwerb für das Unternehmen .....	268
3. Gemischt verwendete Gegenstände und Zuordnungswahlrecht bei gemischt unternehmerischer und unternehmensfremder Verwendung .....	270

4. Sonderregelung und Zuordnungswahlrecht bei Grundstücken .....	277
Fall 31: Teilunternehmerische Gebäudenutzung eines Steuer-	
beraters .....	278
5. Zuordnung von Freizeitgegenständen .....	281
IV. Leistung eines anderen Unternehmers .....	282
Fall 32: Der betrogene Käufer/Lieferung durch Nichtunternehmer .....	282
V. Rechnung .....	284
1. Offener Steuerausweis und weitere notwendige Angaben .....	284
Fall 33: Die fehlerhafte Abrechnung .....	287
2. Rechnung und Gutschrift .....	290
3. Überhöhter und unberechtigter Steuerausweis in Rechnungen .....	291
4. Vorsteuerabzug bei Reisekosten .....	294
5. Vorsteuerabzug aus der Mindestbemessungsgrundlage .....	296
B. Ausschluss vom Vorsteuerabzug .....	298
I. Nichtabziehbarkeit von Vorsteuern auf Repräsentationsaufwendungen	
und Umzugskosten .....	298
1. Vereinbarkeit mit der Stillhalteklausele des Art. 176 MwStSystRL .....	298
2. Vorsteuerabzugsausschlüsse im Einzelnen .....	299
3. Nicht vom Vorsteuerauschluss erfasste Aufwendungen .....	300
4. Verfehlt Verweisung auf das EStG .....	301
II. Voller Ausschluss vom Vorsteuerabzug (§ 15 Abs. 2 UStG) .....	301
1. Die Ausschlussstatbestände nach § 15 Abs. 2 und 3 UStG .....	301
2. Verwendung für vorsteuerabzugsschädliche Ausgangsumsätze .....	304
3. Tatsächliche Verwendung, Verwendungsabsicht und Sofortabzug .....	307
4. Vorsteuerabzug bei Fehlmaßnahmen .....	309
III. Teilweiser Ausschluss vom Vorsteuerabzug .....	310
C. Berichtigung des Vorsteuerabzugs (§ 15a UStG) .....	314
I. Zweck der Regelung und Übersicht .....	314
II. Änderung der für den Vorsteuerabzug maßgebenden Verhältnisse	
bei Wirtschaftsgütern nach § 15a Abs. 1 und 2 UStG .....	316
Fall 34: Das Appartement .....	316
III. Vorsteuerkorrektur nach § 15a Abs. 8 UStG bei Veräußerung	
und unentgeltlichen Wertabgaben .....	322
IV. Vorsteuerkorrekturen bei Bestandteilen und sonstigen Leistungen,	
§ 15a Abs. 3 und 4 UStG .....	324
Fall 35: Umbauten und Renovierungen .....	324
V. Vereinfachungsregeln .....	327
VI. Vorsteuerkorrektur in der Insolvenz .....	328
■ Übersicht: Vorsteuerkorrektur nach § 15a UStG .....	329
<b>7. Abschnitt: Das Besteuerungsverfahren .....</b>	<b>330</b>
A. Voranmeldung, Jahreserklärung .....	330
B. Entstehen der Steuerschuld, Zeitpunkt des Vorsteuerabzugs .....	330
C. Steuerschuldner und Verlagerung der Steuerschuldnerschaft .....	332
I. Steuerschuldnerschaft des leistenden Unternehmers .....	332
II. Verlagerung der Steuerschuldnerschaft nach § 13b UStG bei	
Leistungen im Ausland ansässiger Unternehmer .....	332
III. Verlagerung der Steuerschuldnerschaft in anderen (Inlands)Fällen .....	336
D. Kleinunternehmer nach § 19 Abs. 1 UStG .....	341
Fall 36: Die Doppeloption .....	341
E. Haftungsvorschriften zur Bekämpfung von Steuerausfällen .....	343
<b>Stichwortverzeichnis .....</b>	<b>346</b>



## LITERATURVERZEICHNIS

Birkenfeld/Wäger	Das große Umsatzsteuer-Handbuch (Loseblatt), Stand Dezember 2016 zitiert: Birkenfeld/Wäger
Jakob	Umsatzsteuer 4. Auflage 2009
Lippross	Umsatzsteuer 24. Auflage 2017
Rau/Dürrwächter	UStG Kommentar (Loseblatt), Stand Dezember 2016 zitiert: Verfasser in: R/D
Reiß/Kraeusel/Langer	UStG Kommentar (Loseblatt), Stand Oktober 2016 zitiert: R/K/L
Ruppe/Achatz	UStG Kommentar 4. Auflage 2011
Sölch/Ringleb	UStG Kommentar (Loseblatt), Stand September 2016 zitiert: S/R
Stadie	UStG Kommentar 3. Auflage 2015
Tipke/Kruse	Abgabenordnung Kommentar (Loseblatt), Stand November 2016 zitiert: T/K
Tipke/Lang	Steuerrecht 20. Auflage 2010 (Bearbeiter Reiß) und 22. Auflage 2015 (Bearbeiter Englisch) zitiert: T/L

Der **Anwendungsvorrang** der Richtlinie ist – nach Klärung durch den EuGH – zugunsten des Bürgers auch von den Gerichten und Verwaltungsbehörden zu beachten, sodass nachteiliges nationales Gesetzesrecht nicht angewendet werden darf, wenn es im Widerspruch zur Richtlinie steht. Hingegen kommt bei einem richtlinienwidrigen Abweichen des nationalen Gesetzes zugunsten des Bürgers nicht in Betracht, dass die Richtlinie quasi als zu Eingriffen in Freiheit und Eigentum ermächtigendes Gesetz unmittelbar zulasten des Steuerbürgers angewendet wird. Es gibt keinen Anwendungsvorrang zulasten des Bürgers vor dem nationalen Gesetz.<sup>60</sup> Soweit das nationale Gesetzesrecht sowohl zulasten als auch zugunsten des Steuerbürgers von der Richtlinie abweicht, scheidet allerdings eine „Rosinenpickerei“ aus. Der Steuerbürger kann bis zu einem unionsrechtlich gebotenen Tätigwerden des Gesetzgebers de facto wählen, welche Regelung in seinem Fall angewendet werden soll, muss dann aber auch die jeweiligen Nachteile hinnehmen.<sup>61</sup>

Es ist die Pflicht des Gesetzgebers, richtlinienwidriges nationales Gesetzesrecht unverzüglich zu ändern. Unterlässt er diese Anpassung, kommen auch Schadensersatzpflichten in Betracht.<sup>62</sup> Die schuldhafte Nichtumsetzung kann bei vom Gesetzgeber zu verantwortendem schuldhaften Unterlassen ausnahmsweise auch dazu führen, dass der Mitgliedstaat wegen treuwidrigem Verhalten daran gehindert ist, sich auf die Bestandskraft oder den Ablauf von Ausschluss- und Verjährungsfristen zu berufen.<sup>63</sup> Grundsätzlich sind die Korrekturvorschriften und die Verjährungsvorschriften des nationalen Verfahrensrechtes, namentlich der AO, aber auch bezüglich fehlerhaft umgesetzten harmonisierten Umsatzsteuergesetzesrechts zu beachten.<sup>64</sup> Die unterlassene Umsetzung kann allerdings unter dem Aspekt des verfassungsrechtlichen wie auch des europarechtlichen Gleichheitssatzes zur Verfassungs- und Europarechtswidrigkeit des Umsatzsteuerrechts führen.<sup>65</sup>

## II. Prüfungsschema

Das nachfolgende Prüfungsschema folgt dem Gesetzesaufbau des UStG. Dieses regelt in den §§ 1–13, 13c UStG zunächst die Besteuerung der Umsätze bis zur Entstehung der Steuerschuld und die Steuerschuldnerschaft (Ausgangsseite).

17

Die §§ 15, 15a UStG und zum Teil § 14 UStG betreffen den Vorsteuerabzug (Eingangsseite).

Bei der Lösung einer umsatzsteuerlichen Einzelaufgabe empfiehlt es sich, dem gesetzlich vorgezeigten Weg auch im Aufbau zu folgen, insbesondere die Ausgangsseite vor der Eingangsseite zu prüfen.

Die §§ 16 ff. UStG enthalten Vorschriften zum Besteuerungsverfahren, Sonderregelungen und Übergangsvorschriften.

60 So auch EuGH v. 18.12.2014, C-131/13 (Italmoda), UR 2015,106; v. 05.10.2004, C-397/01 (Pfeiffer), EuGHE 2004, I – 8835; v. 26.02.1986, Rs. 152/84 (Marshall), Slg. 1986, 723; v. 14.07. 1994, C-91/92 (Faccini Dori), Slg. 1994, I-3325. Freilich hält sich der EuGH selbst gerade nicht an diese Vorgaben, wenn er Gerichten und Behörden gebietet, seiner Ansicht nach richtlinienwidrig durch das nationale Gesetz gewährte Rechte auf (Vor-)Steuervergütung und eine Steuerbefreiung nicht zu gewähren, was zur Auferlegung einer vom nationalen Gesetz nicht vorgesehenen Verpflichtung zur Steuerzahlung führt, mithin zu einem geradezu klassisch dem Gesetzesvorbehalt unterliegenden Eingriff in Freiheit und Eigentum.

61 EuGH v. 26.02.2015, C-144/13 (VDP Dental Laboratorie), UR 2015,474; EuGH v. 28.11.2013, C-319/12 (MDDP), MwStR 2014,15 (zu richtlinienwidriger Steuerbefreiung und Vorsteuerabzug).

62 Vgl. EuGH v. 19.01.2001 – Rs. C-150/99 (Lindöpark), Slg. 2001, I-493; v. 30.09.2003 – Rs. C-224/01 (Köbler), Slg. 2003, I-10239; BFH v. 21.04.2005 – V R 16/04, BStBl. II 2006, 96.

63 Vgl. EuGH v. 25.07.1991 – Rs. C-208/90 (Emmot), Slg. 1991, I-4269; v. 17.11.1998 – Rs. C-228/96 (Aprile), Slg. 1998, I-7141; v. 11.07.2002 – Rs. C-62/00 (Marks & Spencer) m.w.N., Slg. 2002, I-6325; v. 13.01.2004 – Rs. C-453/00 (Kühne & Heitz), Slg. 2004, I-837; vgl. auch BFH v. 23.11.2006 – V R 51/05 und V R 67/05, BStBl. II 2007, 433 und 436; Reif StuW 1994, 323.

64 Vgl. BFH v. 16.09.2010 – V R 57/09, BStBl. II 2011, 151; BVerfG v. 29.05.2012 – 1 BvR 640/11, BFH/NV 2012, 1404 (zur insoweit fehlenden Vorlagepflicht an den EuGH).

65 Vgl. Kirchhof UR 2002, 541, 547; vgl. auch ders. DStR 2008, 1 ff.